



Industrie- und Handelskammer
zu Schwerin

IHK-Jahresempfang 2009

„Fehlentwicklungen und Perspektiven des weltweiten Finanzsystems“

Mittwoch, 07. Januar 2009 im Mecklenburgischen Staatstheater Schwerin

Thesen

von

Herrn Hans Thon

Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Schwerin

Sperrfrist: Mittwoch, 07. Januar 2009, 18:00 Uhr

(Es gilt das gesprochene Wort)

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

in meinen folgenden 7 Thesen möchte ich jeweils mit kurzer Begründung einige grundlegende Aspekte unseres Themas aufgreifen, die sich auf den Alltag von Bürgern und vor allem auf das „tägliche Geschäft“ von uns Unternehmern auswirken.

Meine **1. These** lautet:

Der Mensch ist und bleibt das Maß aller Dinge.

Vor Jahren benutzte Altbundeskanzler Helmut Schmidt im Blick auf das Verhältnis von Finanzwesen und produzierender Wirtschaft eine schöne Metapher: Geldmengen müssten eine Art Kleid sein, das einem Körper angemessen wird.

Nun hat sich aus dieser Finanz-Couture eine aberwitzige, gespenstische Umhüllung entwickelt, die haltlos im Raum flattert. Es gibt Schätzungen, die selbst typischerweise unscharf sind: Die eine nimmt an, die Finanzwirtschaft habe sich im Faktor Eins zu Zehn gegenüber der Realwirtschaft aufgebläht, die andere sagt, im Faktor Eins zu Fünfzig.

Diese Frivolität erlaubte, wie es der deutsche Philosoph Peter Sloterdijk („Slotterdeik“) formulierte „den Adlerflug der Gier über der ungeheuren Landschaft von Gewinnen.“

Schon Papst Gregor der Große hat in seinem Lasterkatalog zwei ökonomiebezogene Haltungen als gefährliche Deformationen der Seele beschrieben. Die eine ist die „gula“, das ist die Gefräßigkeit, die andere die „avaritia“, das ist entgrenztes Habenwollen.

Dabei ist der Mensch seit jeher nicht per se gieriger geworden, nur seine technischen Möglichkeiten geben seinen guten wie schlechten Charaktereigenschaften heutzutage unendlich viel mehr Potenzial.

„Das wärmende Herdfeuer der Freiheit darf nicht zur Feuersbrunst werden.“ Mit diesen Worten beschrieb Wilhelm Röpke, einer der geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft, seine Überzeugung, dass wirtschaftliche Freiheit undenkbar sei ohne moralische Normen, die die Menschen mitbringen müssten, wenn sie auf den Markt gingen und sich im Wettbewerb mit anderen messen würden.

Eine Maxime von bleibender Gültigkeit und von – im wörtlichen Sinne – brennender Aktualität.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

meine **2. These** lautet:

Ein langfristiges wirtschaftlich-soziales Gleichgewicht in einer Marktwirtschaft bedarf immer auch der Unterstützung durch staatliche Regulierung.

Zur Begründung:

Nach der ersten „Schockwirkung“ der Finanzkrise scheinen mittlerweile wieder zu viele Menschen, die sich beruflich mit Finanzprodukten beschäftigen, das zu tun, was sie schon immer glaubten, am besten zu können.

Der zuweilen überzogene „Geld-Kapitalismus“ wird aber nicht von sich aus besser, sondern er muss mittels einer Reformierung seiner Rahmenbedingungen wieder auf ein vernünftiges Maß beschränkt werden. Der Staat dürfe in Deutschland nicht an der Finanzaufsicht sparen, war vor kurzem selbst vom früheren Deutsche Bank-Chef Rolf Breuer zu hören.

Die Unternehmen müssen am auf lange Sicht wieder zu erwartenden Wachstum der Weltwirtschaft durch sinnvolle Investitionen rechtzeitig partizipieren können.

Dies gelingt aber nur, wenn sie einschätzbare Rahmenbedingungen auf Finanzmärkten haben, die durch möglichst weltweit wirkende Regularien wieder in „ruhigeres Fahrwasser“ gelenkt werden.

Ein neues Gleichgewicht zwischen staatlicher Regulierung und Marktfreiheit ist deshalb weltweit unerlässlich!

Gebraucht wird also ein entschlossener Staat, der aber nur dort eingreift, wo dies auch zwingend notwendig ist.

An diese Erkenntnis knüpft meine **3. These** an:

Eine freiheitliche Gesellschaftsordnung funktioniert auf Dauer nur mit einer Geldordnung, in der das Geld „verlässlich“ und das Gewinnstreben „gesund“ ist.

Zur Begründung:

Meine Damen und Herren,

das individuelle Streben nach Gewinn ist bekanntlich eines der Grundprinzipien der Marktwirtschaft.

Ein Wettbewerb aber, in dem es um immer höhere Gewinne mit hoch spekulativen, manchmal sogar höchst riskanten Mitteln geht, um den letzten, gerade noch erreichbaren Vorteil auf den Märkten zu erzielen, steuert geradezu vorprogrammiert auf seinen Kollaps zu.

Der bedeutende Philosoph Jean Jacques Rousseau hat diese Gefahr einst wie folgt beschrieben: „Das Geld, das man besitzt, ist das Mittel zur Freiheit, dasjenige, dem man nachjagt, das Mittel zur Knechtschaft.“

Dieses Bild des sog. „Raubtier-Kapitalismus“ ist durch den Einbruch auf den Weltfinanzmärkten wieder verstärkt in unser Bewusstsein gerückt.

In unser Bewusstsein gerückt ist damit zurecht auch gleichzeitig der Wunsch nach Rückbesinnung auf, wie es im IHK-Gesetz formuliert ist, den traditionellen und bewährten Grundsatz von „Anstand und Sitte des ehrbaren Kaufmanns“. Interessanterweise gibt es das nunmehr wiederholt geäußerte Verlangen nach staatlichen Regelungen, die genau wörtlich ein solches Verhalten „von Anstand und Sitte des ehrbaren Kaufmanns“ soweit wie möglich befördern sollen.

Hierzu, meine Damen und Herren, meine

4. These:

Finanziell tragfähige Sozialität in der Marktwirtschaft setzt stets einen angemessenen Freiraum für Unternehmen voraus.

Zur Begründung:

Geld allein macht bekanntlich nicht glücklich und manchmal ist es auch nicht einmal beruhigend.

Das Grundvertrauen der Öffentlichkeit in die vermeintlich unerschütterliche Finanzkraft und Kompetenz von Kreditinstituten, teilweise sogar das Vertrauen in das kapitalistische Finanzsystem als solches, ist derzeit mindestens zu einem gewissen Grad verspielt.

Rufe nach mehr allgemeinem gesellschaftlichen Verantwortungsbewusstsein dürfen aber nicht dazu führen, dass der marktwirtschaftlichen Freiheit aufgrund von Regelungswut und blindem politischen Aktionismus wesentliche überlebensnotwendige Grundlagen entzogen werden.

Denn „sozial“ kann eine Marktwirtschaft erst sein, wenn sie auf einem weitgehend „freien Spiel der Kräfte“ des Marktes basiert. Dies muss auch in Zukunft zwingend gewährleistet bleiben.

Denn Wachstum und Wohlstand und damit letztlich auch die Ressourcen für eine tragfähige Sozialpolitik sind ohne diesen Freiraum undenkbar!

Die Wirtschaftskrise ist aber jetzt eine fabelhafte Gelegenheit, unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Frage zu stellen: Ludwig Erhard gegen Karl Marx – die Systemfrage wird gestellt.

Aber ist das wirklich eine Frage? Von Ludwig Erhard bleibt (sicherlich mit Fehlern) unsere Marktwirtschaft, von Karl Marx blieben nicht einmal mehr die UdSSR oder China, sondern Kuba, Nordkorea und Simbabwe.

Gemäß dieser Schlussfolgerung, meine sehr geehrten Damen und Herren, besagt meine **5. These:**

Ein von staatlichen Einflüssen überwiegend freier Geldmarkt fördert langfristig selbst die Stabilität der Konjunktur.

Zur Begründung:

Ludwig von Mises, einer der wichtigsten Volkswirtschaftler des 20. Jahrhunderts, schrieb 1931 in seinem Werk „Die Goldwährung und ihre Gegner“:

„Die Bedeutung der Goldwährung ... liegt darin, dass sie die Gestaltung der Kaufkraft ... von den wechselnden geldwertpolitischen Auffassungen der Regierungen und der politischen Parteien unabhängig macht.“

Damit stellte von Mises u. a. die Zweckmäßigkeit unseres heutigen staatlich gelenkten Papiergeld-Systems in Frage.

Nicht ohne Grund bestand schließlich in früheren Jahrzehnten einer der Hauptgrundsätze der Geldpolitik darin, das Geld knapp zu halten.

Das geradezu geniale Basisinstrument dafür war die Bindung an den Goldstandard. Wir dürfen daher eines nicht vergessen: Die Erosion des weltweiten Finanzsystems begann 1971 mit der Aufhebung der Bindung des US-Dollars an den Goldstandard.

Die explosionsartige Vermehrung sog. virtuellen Geldes, also künstlichem Geld auf Papier ohne jeden realen Gegenwert, war damit vorprogrammiert. Die Rolle des Edelmetalls Gold als faktisch einzig tauglicher steuernder Kraft wird daher noch stark zu diskutieren sein.

Denn schaffen Banken über nicht werthaltige Kredite zuviel künstliches Geld oder löscht „Feuerwehrmann“ Staat zuviel mit künstlichem „frischem“ Geld, wird der Markt „überschwemmt“ und der ursprüngliche Zusammenhang zwischen Kapital und Konjunktur lebensgefährlich unterspült.

Genau hier liegt natürlich auch eine weitere Gefahr staatlich finanzierter sog. Rettungsschirme und Konjunkturprogramme, denn diese werden ausschließlich auf einer steigenden Verschuldungsbasis „gegenfinanziert“. Dies Verhalten erinnert an das gefährliche, aber manchmal notwendige, Löschen eines Brandes mit einem sog. Gegenfeuer.

Gleichwohl scheint diese Art der gratwandernden Unterstützung der Unternehmen und Bürger durch die Politik derzeit unentbehrlich.

In diesem Zusammenhang lautet meine

6. These:

Konjunkturprogramme können nur dann erfolgreich zur Überwindung der gegenwärtigen Finanzmarktkrise beitragen, wenn sie grundlegende gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen verbessern.

Zur Begründung:

An vielfältigen Ideen zur Bewältigung der Folgen der Finanzmarktkrise hat es in der deutschen Bundespolitik bislang nicht gefehlt.

Aus unserer Sicht bleibt dies jedoch überwiegend ein konjunkturpolitisches „Klein-klein“ – und zudem „ein Tropfen auf den heißen Stein“, wie die von der überwiegenden Mehrheit der Wirtschaft zurecht erhobenen Forderungen nach wesentlichen Steuersenkungen zeigen.

Denn einem Staat, der mit einer Vielzahl von Einzelmaßnahmen letztlich vielleicht nur konjunkturelle „Strohfeuer“ entfachen kann, fehlen am Ende die Mittel für die dringende Verbesserung struktureller gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen.

Unter anderem Investitionen in Infrastruktur und in die wirklich nachhaltige inhaltliche Ausstattung von Bildungseinrichtungen müssen deshalb jetzt staatlicherseits im Mittelpunkt stehen!

Im Bund hat man dies nun erkannt und insbesondere die IHK-Organisation hat sich bisher mit zahlreichen konstruktiven Vorschlägen erfolgreich in die Entscheidungsfindung der Bundesregierung einbringen können. Auch Mecklenburg-Vorpommern hat mit einem eigenen 10-Punkte-Programm „auf diesen Zug aufgesattelt“.

Natürlich bleibt es abzuwarten, ob die damit z. B. in unserem Bundesland beabsichtigten Investitionen letztlich auch die gewünschte Wirkung erzielen. Ich halte es aber nicht für angebracht, Untergangsstimmung zu verbreiten. Als pragmatisch handelnder Unternehmer, der selber stets kurz- und mittelfristige Entscheidungen treffen muss, erinnere ich lieber an Ludwig Erhard, der einst so trefflich formulierte: „Ich glaube, es ist doch besser, die Wirtschaft gesund zu beten, als sie tot zu reden.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich komme nunmehr zu meiner **7. These**. Sie lautet:

Die sog. Finanzmarktkrise betrifft die Grundlagen demokratischer Gesellschaftsordnungen.

Zur Begründung:

Die gegenwärtigen Verwerfungen der internationalen Finanzwelt, in denen Staaten mit Größenordnungen von Hilfgeldern hantieren, die keiner mehr begreifen kann, fordern nicht nur das Krisenmanagement der Regierungen und Unternehmen heraus, sondern auch die Grundlagen demokratischer Gesellschaften.

Wie sollen die Bürger Wahlentscheidungen treffen, wenn die allermeisten von ihnen existenzielle Sachverhalte sowie Antworten auf damit im Zusammenhang stehende Fragen schon lange nicht mehr nachvollziehen können? Wenn z. B. eine einzige Bank wiederholt mit mehr Geld gerettet werden muss, als alle Hartz IV-Empfänger im Jahr in Deutschland erhalten, dann werden auch Proportionen deutlich.

Wie also soll der Finanzkapitalismus gezähmt, gebändigt, zivilisiert werden; wie kann er demokratiefähig gemacht werden? Die großen Linien für die richtigen Antworten findet man hier ganz sicher nicht im kleinen Karo der üblichen Aktionismen.

Es gilt hier Albert Einsteins Ausspruch:

„Die großen Probleme dieser Welt können nicht mit derselben Denkweise gelöst werden, mit der wir sie verursacht haben.“

Werden unsere Parteien in der Lage sein, hier die richtigen Weichen zu stellen? Und das in einer Situation, in der zumindest den sog. „Großen Volksparteien“ ihr Credo, ihre innere Linie von Sinn und Ziel, verlorengegangen scheint. Die großen Parteien haben sich infolge ihres Verlustes von Grundorientierung entpolitisiert. Insofern wird das Wahljahr 2009 mit 16 relevanten Wahlen ein wichtiges Jahr. Aber nicht allein die Vielzahl der Wahlen ist das Spektakuläre, sondern ihre Bedeutung für das demokratische und parlamentarische System in Deutschland: Wie viel trauen die Wähler in finanz- und wirtschaftskrisenhafter Zeit der Politik noch zu – und was welchen Parteien?

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

bevor wir in unserer Diskussion vielleicht auch auf diesen Aspekt zu sprechen kommen werden, darf ich aber jetzt zunächst Sie, Herr Prof. Otte, und im Anschluss daran Sie, Herr Prof. Rehm, um Ihre Ausführungen bitten!

Vielen Dank!